

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft (21. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Doris Odendahl, Brigitte Adler,
Dr. Ulrich Böhme (Unna), weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/4775 —**

Bildungsgipfel — Vorbereitungen parlamentarisieren und Betroffene einbeziehen

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller besteht die Notwendigkeit der Durchführung des Bildungsgipfels.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Bericht über die Vorbereitung des Bildungsgipfels vorzulegen und das Votum des Deutschen Bundestages in den dort anstehenden Beratungen zu berücksichtigen.

Ablehnung mit Mehrheit im Ausschuß.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/4775 — abzulehnen.

Bonn, den 20. Oktober 1993

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Eckart Kuhlwein
Vorsitzender

Alois Graf von Waldburg-Zeil
Berichterstatter

Doris Odendahl **Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink**
Berichterstatterinnen

Bericht der Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil, Doris Odendahl und Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink

Die Vorlage — Drucksache 12/4775 — wurde dem Deutschen Bundestag am 21. April 1993 zugeleitet. Sie wurde in der 168. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juli 1993 an den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft zur federführenden sowie an den Ausschuß für Frauen und Jugend und an den Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur mitberatenden Behandlung überwiesen.

Der Ausschuß für Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 22. September 1993 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 29. September 1993 den Antrag zur Kenntnis genommen. Er empfahl ferner, die Bundesregierung aufzufordern, auf einem Bildungsgipfel auch Fragen der Forschungspolitik zu behandeln.

Der federführende Ausschuß für Bildung und Wissenschaft beriet die Vorlage abschließend in seiner 58. Sitzung am 20. Oktober 1993 und empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und die Stimme des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste Ablehnung des Antrags.

Die Fraktion der SPD wies auf den im vorliegenden Antrag unter I. geforderten Bericht hin. Im übrigen sei es wichtig zu erfahren, wie das sog. „Eckwertepapier“ von seiten der Bundesregierung gehandhabt werde. Sinn des Antrages sei es u. a., daß sich auch der Deutsche Bundestag mit dem Eckwertepapier be-

fasse. Vage Äußerungen trügen nicht zur Sicherheit des Diskussionsprozesses bei.

Die Fraktion der SPD setzt auf Parlamentarisierung und Beteiligung der Betroffenen, worauf im Antrag eingegangen wurde.

Die Fraktion der CDU/CSU wies darauf hin, daß sich die Bildungspolitiker seit 1972 ständig mit der Notwendigkeit einer Reform des Bildungswesens — unter Berücksichtigung der verteilten Kompetenzen zwischen Bund und Ländern — befassen würden. Eines besonderen Antrages bedürfe es deshalb nicht.

Die Fraktion der F.D.P. ließ wissen, daß es seit zwei Jahren große Anstrengungen aller Wissenschafts- sowie Wirtschaftsorganisationen und der Hochschulen (einschließlich der Fachhochschulen) gegeben habe. Die erarbeiteten Papiere würden zeigen, wie sich die einzelnen Organisationen eine Hochschulstruktur vorstellen würden. Der Bundeskanzler habe eine wichtige Diskussion in Gang gesetzt.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft habe gemeinsam mit den Kultusministern der Länder einen Bericht verfaßt. Außerdem habe die Bundesregierung das Standortsicherungspapier vorgelegt. Dieses sowie das Eckwertepapier seien die Grundlagen für eine künftige Bildungspolitik.

Die Fraktion der F.D.P. erklärte, sie halte die Vorlage für gegenstandslos.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft bittet den Deutschen Bundestag, dem Votum des Ausschusses zu folgen.

Bonn, den 20. Oktober 1993

Alois Graf von Waldburg-Zeil
Berichterstatte

Doris Odendahl
Berichterstatte

Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink

